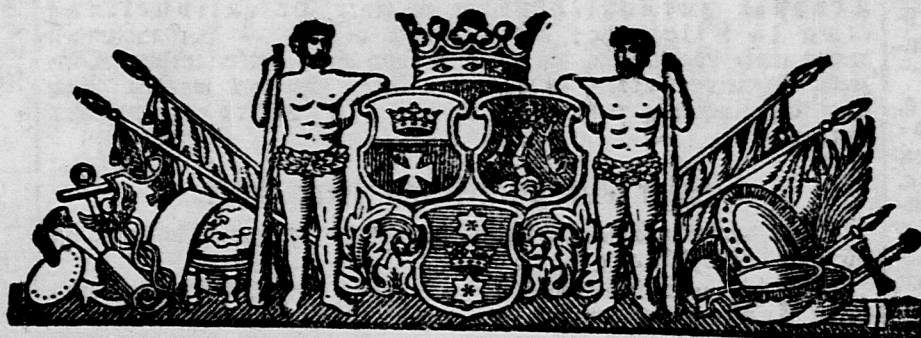


Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Die Königsberger Hartung'sche Zeitung erscheint täglich zweimal, wöchentlich zwölfmal. Bezugspreis: Für Königsberg vierteljährlich 6,90 M., frei Haus 8.— M.; monatlich 2,30 M., frei Haus 2,70 M. — Bei der Post: Vierteljährlich 8,10 M., monatlich 2,70 M. (ohne Bestellg.).

Feldpostbezug täglich unter Kreuzband: monatlich 3,20 M., vierteljährlich 9,60 M.

Fernsprecher: Schriftleitung 1011, Geschäftsstelle 36, Buchdruckerei 3307, Hauptschriftleitung und Verlag 5.



Gründungsjahr der Hartung'schen Druckerei (weiland Neujner): 1640.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Münchenhofstraße 2 und bei allen Anzeigenvermittlungen hier und auswärts entgegen genommen. Preis für die einseitige Kleinzeile oder deren Raum 50 Pfg. für Aufräge außerhalb Ostpreußens 60 Pfg. (Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 40 Pfg.) Vorzugsanzeigen 2,00 M. Belegblätter und Einzelblätter 10 Pfg. Postsch. N. m. n. 141, Königsberg. Berliner Schriftleitung: Berlin, W. 57, An der Apostelkirche 7. (Lützow 6202/3.)

Friedensunterschrift in Versailles: vollzogen.

Zu den Unruhen und Streiks. — Magdeburger Plünderungen. — Breslauer Belagerungszustand.

Gegen den Offkrieg: Generäle Ertorf und Quast. — Königsberger Polizeipräsident Lübbring? — Riga von estnischen Truppen bedroht.

Die zweite Revolution.

Jeder große Streik ist jetzt schon für sich allein genommen ein schweres Unglück, ein wirtschaftlicher Bürgerkrieg. Noch schlimmer wird der Fall, weil sich die politische Umsturz-Bewegung, die von der äußersten Linken unablässig angestrebt wird, der Ausstände bedient, um in ihrem Gefolge immer aufs neue heillosen Unruhen anzuküßeln. Die Unabhängige Sozialdemokratie ergreift sofort die jedesmalige Gelegenheit und führt die Mißstimmung in den vom Streik befallenen Arbeiterkreisen heftig an, so daß jeder Widerstand der Regierung gegen unerfüllbare Forderungen und jeder Mißerfolg der Streikenden politisch ausgenutzt wird zu Aufrührergelüsten gegen die jetzige Ordnung. Das Vertrauen der Arbeiterchaft zu dem bestehenden deutschen Volkstaat wird mit aller Absicht untergraben, und in der „Mäteregierung“ spiegelt man den Arbeitern das Zukunftsglück vor. Zu den Unabhängigen gesellen sich dann schleunigst die Kommunisten und Spartakisten, und hinter diesen macht sich zum Schluß der Abschluß bereit, die völlige Auflösung aller Gesetzmäßigkeit und ein jedes politischen Gedankens lediges verbrecherisches Treiben.

Diese Zusammenhänge haben sich in Hamburg wieder so deutlich offenbart, daß man sie mit Händen greifen kann. Die Lebensmittelunruhen in Berlin, Frankfurt a. O. und Landsberg a. W. zeigen gleichfalls, wie die Plünderungsgedanken aus dem Boden der Lebensmittellieferung aufsteigen, und wie sich ihrer der politische Umsturz bemächtigt. Wenn es den neuen Regierungsmassnahmen gelingt, mit dem Aufwand großer Geldmittel die Lebensmittelpreise zu erniedrigen, so wird vielleicht eine gewisse Beruhigung eintreten. Aber solange die politische Heße anhält, werden sich immer wieder unzufriedene Volksteile zusammenrotten, um auch die etwa verbilligere Ware gewalttätig und widerrechtlich und ohne Bezahlung sich anzueignen. Daß beispielsweise in Berlin die Phantasiereise für Frühkost aufreißend wirkte, kann man verstehen, weil eben der sonstige Markt immer noch zu knapp beschickt ist. In Friedenszeiten hat die Bevölkerung sich um nährliche Preise für verfrähte Lederbissen, die auch damals schon verlangt wurden, nicht sonderlich bekümmert. Sie überließ den Kaufleuten, die es sich leisten konnten, nicht bis zur reichlicheren Ernte zu warten. Wer durchaus die ersten Spargel, die ersten Kirschen, die ersten Erdbeeren haben mußte, wurde auch in Friedenszeiten überfordert. Sobald aber die Jahreszeit der Reife den Markt massenhaft beliefernte, war Obst und Gemüse kaum irgendwo sonst billiger zu haben als in Berlin und in den andern gut versorgten Großstädten. Wenn jetzt unsere Feinde während der nächsten Wochen bis zur Ratifizierung des Friedens, bis zum vollzogenen Austausch der genehmigten Urkunden zwischen allen beteiligten Staaten, die Blockade noch aufrecht halten, so werden wir in dem kritischen Monat Juli, der uns von der Erntezeit trennt, weitere aufgeregte Unruheerlebnisse erleben. Selbst die anderthalb Milliarden, die aus dem öffentlichen Säckel für Lebensmittellieferung aufgewandt werden sollen, uns wirklich einigermaßen über die schwierige Zeit hinweg, so sind sie nicht fortgeworfen.

Eine andere Frage ist die der Zwangsmaßnahmen gegen die Streiks. Der Versuch des Reichswehrministers Noske auf Grund des Belagerungszustandes gegen Streiks, die das gesamte Wirtschaftsleben zu lähmen drohen, mit Verboten und Gefängnisstrafen vorzugehen, ist ein äußerstes Notmittel, über dessen rechtmäßige Anwendung schließlich erst die Nationalversammlung zu entscheiden haben wird. Der Widerstand der Arbeiterkreise gegen jede Beschränkung des Streikrechts ist natürlich groß. Im alten Deutschen Reich war ja schon das Streikpostenverbot ein brennender Streitpunkt. Einer Volksregierung aber kann, wie man meinen sollte, die Arbeiterschaft schon eher eine Machtbefugnis gegen wilde, nicht von der Mehrheit beschlossene und nicht zunächst der Schlichtung unterbreitete Streiks übertragen, die ja nicht mehr ein Werkzeug zur Unterdrückung der Arbeiterklasse oder zur Begünstigung des Unternehmens sind, sondern nur ein notwendiges Schutzmittel für die gesamte deutsche Volkswirtschaft dienen soll. Dennoch sehen wir, daß Noskes Verbot gegen den Streik die Arbeiterschaft erbittert und von ihr bekämpft wird. Selbst diese Wirkung müßte man vielleicht in den Kauf nehmen, wenn sich die Maßregel gegen den Streik praktisch bewirkt ließe. Das aber bezweifeln wir. Bei Massenausständen kann man weder sämtliche Teilnehmer verhaften, noch der Häufschäuführer habhaft werden, die man außerdem ja hinterher doch wieder freiläßt, weil sonst noch ausgedehntere Unruhen drohen. Beim Einmarsch der Reichstruppen in Hamburg hat sich ein Teil der Soldaten entschlossen lassen von der Volksmenge, weil er begrifflich nicht auf Frauen und Kinder schießen mochte. Auch war ja die anfängliche Ursache des Ausbruchs der Volkseifersucht in Hamburg, nämlich die nichtwürdige gewerkschaftliche Herstellung ungenießbarer und schädlicher Nahrungsmittel aus verdorbenen Stoffen, durchaus dazu angetan, die Truppen, die gegen die Bevölkerung einschreiten sollten, schon moralisch zu entwaffnen. Man ist in solchen Fällen eben der Sicherheitswehr nicht sicher, und diese Unsicherheit ist auch bei dem Versuch zur gewalttätigen Unterdrückung von Streikbewegungen vorhanden. „Streikbrecher“ wollen die Truppen nicht sein, der alte Staat hätte es ihnen aufzwingen können, der neue nicht.

Freilich ergeben die lehrreichen Hamburger Vorgänge, daß der ursprüngliche Anlaß des Aufbruchs sofort durch einen politischen und einen verbrecherischen Einfluß verfällicht worden ist. Die Spartakisten beuteten die Vermirrung aus, um durch

einen Putsch womöglich die gesamte Gewalt an sich zu bringen, und dann kam das Raubgeindel, dem Straßenkämpfe gerade recht sind, um sein Unwesen zu treiben, und plündert: die Geschäfte und die Bandhäuser der wohlhabenden Bevölkerung schamlos aus. Der politische Umsturzwille und der niedrige Trieb sittlich verkommenen Volksteile stürzt sich also, wie wir sehen, jedesmal sofort auf irgendwo entstehende Unruhen, um seine dunklen Pläne dabei ins Werk zu setzen. Beim Hamburger Aufbruch tauchte alsbald der Gedanke auf, die „zweite Revolution“, wenn es ginge, in Schwung zu bringen, und zu dem Zwecke vor allem zunächst auch die Reichshauptstadt in den Aufruhr hineinzuzerwickeln, zumal der Berliner Verkehrsstreik einen günstigen Nährboden für die neue Umstürzbewegung versprach. Demgegenüber nun ist dann allerdings die Regierung genötigt, nachdrücklich und rücksichtslos einzuschreiten, soweit irgend ihre Macht reicht. In solchem Fall werden auch die Truppen den Gehorsam nicht verjagen, und sie werden für Ruhe und Ordnung noch besser und ohne alles Schwanen sorgen, wenn nicht Befehle und Gegenbefehle sich aufheben.

Deutschland darf sich nicht zu einem sonstigen Glanz noch weiter innerlich zerfleischen. Aber damit wir endlich auch zum innern Frieden kommen, nachdem wir den äußern Frieden so bitter und teuer erkauft haben, ist es nötig, daß die Sucht, die „zweite Revolution“ anzuknüpfen, nachhaltig unterdrückt wird. Weber die wehleidigen Vorwürfe, noch die gewissenlosen Anschuldigungen, die von der äußersten Linken allemal erhoben werden, wenn die Gegenwehr des Reichs einsetzt, dürfen die verantwortlichen Stellen von ihrer Pflicht abhalten. Die Umstürzler werden keinen Grund haben, über Vergewaltigung zu schreien, wenn sie nicht ihrerseits stets wieder anzufangen, gewalttätig und ohne Scheu vor der Blutschuld, die sie auf sich laden, den Rest von Ordnung niederzubrechen, den wir in Deutschland noch besitzen, und ohne den wir am innern Krieg zu Grunde gehen, trotz des Friedensschlusses, der uns ja wiewohl schon beinahe in den Abgrund des Verderbens hinausstößt. Keine zweite Revolution, keine dritte und vierte, auch keine Gegenrevolution, sondern endlich einmal friedliche, ungestörte, ergebige Arbeit, zu der sich ja immer noch die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes bekennt.

weiter verargen ihm sehr seine Haltung in der Friedensfrage, und auch von konservativer Seite droht ihm ernster Widerstand, wenn er mit seiner Verstaatlichung der Kohlenminen Ernst machen sollte. Schon die Vorlage über das Verkehrsweisen mit ihrer Tendenz der Verstaatlichung hat bei den Konservativen ernste Widerprüfungen und scharfe Kritik herausgefordert. Eine ernste parlamentarische Kritik wird nach Ansicht der Blätter aller Parteien für unabwendbar gehalten und die Möglichkeit, daß die Neuwahlen noch länger hinausgeschoben werden können, kaum mehr für denkbar erachtet.

B. D. Berlin, 28. Juni. Die Rede, die der neue italienische Minister des Aeußern Tittoni im Senat gehalten hat, ist, wie der Vertreter der „Voss. Ztg.“ aus Rom drabtet, einem reinigenden Winde vergleichbar, der durch eine trübende und vergiftete Atmosphäre ging. Zum ersten Male seit Kriegsbeginn hat ein Staatsmann den Mut gezeigt, sich vom Gebrauch leerer Redensarten freizumachen. Aus seinen Worten geht unlegbar hervor, daß Italien nicht demobilisieren wird, ehe seine Forderungen erfüllt sind. Von Wichtigkeit ist auch die Mitteilung Tittonis, daß gemäß den Abmachungen mit den Verbündeten Italien einen Teil der deutschen Kolonien erhalten soll.

Noch immer furcht vor deutschem Widerstand.

W. B. Versailles, 28. Juni. Die „Journal“ berichtet, scheint der Biererrat zu befürchten, daß Deutschland die Ratifizierung des Friedensvertrags zu verschleppen versuchen werde. „Journal“ deutet an, daß der Biererrat eine Abmachung gleichzeitig mit dem Friedensvertrag unterzeichnen lassen möchte, wonach die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen erst nach der Ratifizierung des Friedensvertrages beginnen soll. Der Biererrat hofft dadurch, Deutschland zu einer beschleunigten Ratifizierung zu veranlassen. Wie die Blätter weiter berichten, bezieht sich die Abmachung über Polen, welche heute nachmittags gleichzeitig mit dem Vertrage unterzeichnet werden soll, namentlich auf den Schutz böhmischer und religiöser Minderheiten in Polen durch die Gesellschaft der Nationen. Diese Abmachung, welche zwei Kapitel auf zwölf Seiten umfaßt, wird von Polen und den fünf alliierten Großmächten unterzeichnet werden.

Der Friedensvertrag unterzeichnet

W. B. Versailles, 28. Juni. Der Friedensvertrag ist, wie vorgesehen, heute nachmittags um 3 Uhr im Schloß unterzeichnet worden.

W. B. Versailles, 28. Juni. Die Zeremonie der Unterzeichnung im Spiegelsaal zu Versailles begann heute nachmittags um 3 Uhr. Nachdem sämtliche Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte ihre Plätze eingenommen hatten, wurden die deutschen Delegierten in den Saal geleitet und zu den für sie bestimmten Plätzen geführt. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau erhob sich und erklärte, nachdem die Bedingungen der alliierten und assoziierten Mächte von den Deutschen angenommen seien, erjuche er die deutschen Bevollmächtigten, das Friedensdokument zu unterzeichnen. Er hob hervor, die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute, daß die Bedingungen in loser Weise eingehalten werden müßten. Um 3:12 Uhr unterzeichneten die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Voss als erste den Friedensvertrag. Hierauf unterschrieben der Reihe nach die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte. Kurz vor 4 Uhr war der Akt beendet. Clemenceau hob die Sitzung mit der Erklärung auf, der Friede sei geschlossen.

Er ersuche die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte zu warten, bis die deutschen Bevollmächtigten sich entfernten. Die Militärmission werde die deutsche Delegation in das Hotel des Reservoirs zurückleiten. Die deutschen Bevollmächtigten verließen darauf als erste den Saal und begaben sich auf demselben Wege, auf dem sie gekommen waren, sofort in das Hotel des Reservoirs.

B. D. Zürich, 28. Juni. Um 3 Uhr 8 Min. eröffnete Clemenceau die Sitzung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages und sagte in einer Rede, die zwei Minuten dauerte, der zu unterzeichnende Text stimmt genau mit dem überein, der den Deutschen in 200 Abschriften übergeben wurde. Nun begannen die Unterzeichnungen. Die Unterzeichnenden gaben mit der Unterzeichnung das feierliche Versprechen, die mit der Unterzeichnung des Friedens übernommenen Verpflichtungen heilig und getreu zu erfüllen.

Präsident Wilson unterzeichnete 3 Uhr 14 Min. Dann folgten die übrigen amerikanischen Delegierten. Die Deutschen unterzeichneten den Frieden an erster Stelle vor allen übrigen Friedensdelegationen. Um 3 Uhr 51 Min. war der Akt der Unterzeichnung vollzogen. Gleich darauf verließen die Deutschen das Schloß. (L. A.)

Cloyd Georges Stellung erschüttert?

Saag, 28. Juni. Aus allen Mitteilungen der englischen Presse gewinnt man den Eindruck, daß sich dort ein erster parlamentarischer Konflikt zusammenzieht. Lord Georges Stellung ist bei allen Parteien erschüttert. Die Liberalen und Ar-

Zum Hamburger Putsch.

nn. Berlin, 28. Juni. An zuständiger Stelle wird über die Lage in und vor Hamburg folgendes mitgeteilt: Gleichzeitig mit dem Auftrage an General von Lettow-Vorbeck, gegen Hamburg vorzugehen, ist das 9. Armee-Korps beauftragt worden, vorläufig für Ruhe in Hamburg zu sorgen. Die in der unmittelbaren Umgebung Hamburgs liegenden schwachen Teile dieses Korps sind nun nicht von Berlin, sondern von Altona aus beauftragt worden, vorzufühlen und nötigenfalls Gewalttätigkeiten zu verhindern. Entweder haben sich diese schwachen Verbände nun zu weit vorgewagt, oder einzelne Offiziere haben geglaubt, durch einen Hausarrest Hamburg in ihre Gewalt zu bekommen. Dabei sind einzelne Abteilungen umzingelt und entwaffnet worden. Diese ganzen Vorgänge haben mit dem Vormarsch der Truppen des Generals von Lettow-Vorbeck nichts zu tun, der, wie man hofft, in aller nächster Zeit zu einem greifbaren Ergebnis führen wird. In Kreisen der Hamburger Kommunisten ist man heute nach einer Mitteilung des Senats der Meinung, daß der Versuch zur Errichtung einer Räterepublik zu früh unternommen sei, und man gibt zu, daß von Berlin aus abgewartet werden ist. Der Senat hofft, heute zu einer Beratung zusammenzutreten zu können.

Die Sozialdemokratische Partei Hamburgs verlangt von der Regierung Einsetzung von Volksgerichten zur beschleunigten Aburteilung der Lebensmittelfälle und Wucherer, Sicherstellung der Lebensmittellieferung. Von der Arbeiterschaft verlangt sie, jede Beteiligung an bewaffneten Aufständen gegen die Regierung oder gegen die von ihr entsandte Reichswehr aufzugeben, Abgabe aller Waffen, die sich in den Händen von Zivilpersonen befinden, Nichtbejagung aller Generalsirenenparolen. Es ist nur dem Wechselschiff der Parteioberleitung Folge zu leisten.

Die Zahl der Toten ist nunmehr mit 58 festgestellt. Es fehlen aber noch fünfzehn Bahnenfelder Freiwillige, so daß man annehmen muß, daß auch sie tot sind.

Plünderungen in Magdeburg.

W. B. Magdeburg, 28. Juni. Heute vormittag sind hier erste Lebensmittelunruhen entstanden. Eingeleitet wurden sie durch Plünderungen auf dem Wochenmarkt. Die Menge der Plünderungen wurde durch das Eingreifen der Polizei und der sofort alarmierten Truppen daran gebindert. Es kam auch zu Schießereien, wobei es zwei Tote und einen Verletzten gab. Dr. Lage ist noch nicht geklärt, da noch weitere Zusammenstöße befürchtet werden.

W. B. Breslau, 28. Juni. Ueber den Bezirk des General-Kommandos des 6. Armee-Korps wurde nachts um 1 1/2 Uhr der Belagerungszustand verhängt.

Lewin verhaftet.

B. D. Berlin, 28. Juni. Die „Hamburger Nachrichten“ melden aus Wiesbaden: Wie aus zuverlässiger Quelle unter Vorbehalt mitgeteilt wird, wurde der Münchener Kommunistenführer Dr. Max Lewin hier verhaftet.